



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

4. August 1950

P/V/179

## Hinweise auf den Inhalt:

Der Missbrauch des Nationalen durch die Bundesregierung	S.1
Der Abwehrkampf der rumänischen Emigration	S.3
Bayerns ausländische Sorgenkinder	S.4
FDGB-Aktivität in Westdeutschland	S.6

### Der Missbrauch des Nationalen

-nn. Das nationale Bewusstsein des Deutschen ist durch die Katastrophe von 1945 aufs schwerste erschüttert worden. Die Sieger erteilten dem Deutschen Lektionen über den Wert oder Unwert seines Volkes und über den schuldhaft verfehlten Gang seiner Geschichte bis zu den Ursprüngen hin. Da es nicht zu einer echten Aussprache mit dem verwirrten und mit einem tiefen Schuldgefühl beladenen Besiegten kam, war ein bedenklicher Mangel an politischem Orientierungssinn unausbleiblich. Mit der mäßigen Regeneration eines echten, von chauvinistischen Verzerrungen freien Nationalen Bewusstseins wuchs aber auch der innere Widerstand gegen das allzu grobe Urteil von draussen, und wie immer in solchen Lagen, schlug bei den Schwächsten der Druck auf das Gewissen ins Gegenteil um, brachte das nationale Ressentiment hervor, auf das die politischen Neo-Nationalisten jetzt spekulieren. Dass ihre Saat nicht aufging, stellt der politischen Reife unseres Volkes ein gutes Zeugnis aus. Man darf sich aber nicht verhehlen, dass diese politische Möglichkeit nach wie vor durchaus gegeben ist.

Von einer so hohen Instanz wie der Bundesregierung hätte man erwarten sollen, dass sie dies bedächte, bevor ein so schwerwiegender Begriff wie der "Nationale Notstand" in die Debatte geworfen wird. Übler kann man einem Volk nicht mitspielen, als wenn man ungerechtfertigt an sein nationales Empfinden appelliert, zumal diese Wunde beim deutschen kaum vernarbt ist. Die Bundesregierung hat sich dieses billigen Mittels

in einem Augenblick bedient, als für die Bevölkerung im Grunde gar nichts, für die Regierung aber alles auf dem Spiel stand, denn die Brotpreis-  
krise kam nicht durch "höhere Gewalt", sondern durch die Versäumnisse  
des Kabinetts und seine Unfähigkeit, einen klaren politischen Kurs zu  
finden, zustande. Mittlerweile haben die Länder den Bundesfinanzminister,  
der glaubte, unter dem Vorwand des "Nationalen Notstands" Mittel für die  
Getreidesubventionen zu erhalten, eindeutig beschieden: Nahezu ein Jahr  
lang hätten die Länder Vorschläge zu dem Problem unterbreitet, ohne dass  
die Regierung auch nur in eine Erörterung eingetreten wäre. Nun will der  
Bundesfinanzminister vor den Bundestag gehen, um mit dem "Nationalen Not-  
stand" das verfassungsmässige Ausnahmerecht gegen die widerspenstigen  
Länder zu erhalten...

Seit das Wort vom Nationalen einmal gefallen ist, zieht es sich  
wie ein roter Faden durch die gesamte Publizität der Regierung. Es gibt  
kaum noch eine innenpolitische Erklärung, in der nicht im Zusammenhang  
mit den Ereignissen in Korea auf die Notwendigkeit des nationalen Zusam-  
menhalts, des nationalen Friedens, der nationalen Mässigung in Geld und  
Worten hingewiesen wird. Man könnte mit solchen Appellen vorbehaltlos  
einverstanden sein, wenn sie nicht dazu dienten, das eigene Versagen zu  
verbrämen und wenn die nationalen Opfer nicht immer von der einen Seite  
gefordert würden. Die Freien Demokraten, die als Partei des Großbürger-  
tums die Beschneidung der Rechte der arbeitenden Bevölkerung auf ihrem  
Programm stehen haben, nennen die klare Forderung nach dem Mitbestimmungs-  
recht eine "Zwietracht um ideologische Fetische", die angeblich "mit den  
praktischen Lebensnotwendigkeiten und Sicherheitswünschen der schaffenden  
Stände nicht das geringste zu tun haben". Und was soll man dazu sagen,  
wenn der Bundesfinanzminister den "Nationalen Notstand" proklamiert, weil  
die Getreidepreise auf dem Weltmarkt anziehen, die Regierung unfähig ist,  
gegen Preiserhöhungen einzuschreiten und der Bundeswirtschaftsminister  
im gleichen Atemzuge nationale Disziplin von den Arbeitern in Lohnfragen  
verlangt, um die Exportchance im mittelbaren Kriegsgeschäft zu erhöhen?!

Es lässt sich voraussehen, dass die Bundesregierung weiterhin  
mit diesem Mittel operieren wird. Jede Forderung zur Verbesserung der  
Lebenshaltung der breiten Massen wird aus "nationalen" Gründen abgelehnt  
werden. Aber die politische Situation ist zu klar, als dass sich die Re-  
gierungsverantwortung durch nationale Phrasen verschleiern liesse. Es  
gibt nach dem Wort Dr. Schumachers keinen nationalen, sondern höchstens  
einen sozialen Notstand, den zu beseitigen die erste nationale Pflicht  
ist.

.....  
 Der Abwehrkampf der rumänischen Emigration  
 .....

I.S. Während sich in den meisten Balkanstaaten nach erfolgter Besetzung durch die Sowjetarmeen nur allmählich eine organisierte politische antikommunistische Tätigkeit entfaltete, kam es in Rumänien schon 1946 zu einem Abkommen zwischen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, der Bauern- und Liberalen Partei, sich der Unterdrückung und Bolschewisierung Rumäniens zu widersetzen. Bei den Wahlen im Herbst 1946 entfesselten die Kommunisten unter dem Schutze der russischen Besatzungstruppen einen ungehemmten Wahlterror, der auch vor der physischen Liquidation mehrerer Kandidaten der Opposition nicht zurückschreckte. Nach Verhaftung der führenden demokratischen Politiker und ihrer Ausmerzung aus dem politischen Leben Rumäniens kam es zu einem vollständigen Zusammenbruch jeder legalen politischen Tätigkeit im Lande, und nur einigen Politikern gelang die Flucht ins Ausland.

Gemäss der noch in Bukarest von den betreffenden Parteivorständen getroffenen Abmachung, den Kampf gegen das kommunistische Regime solange fortzusetzen, bis der Zustand voller Gesetzlichkeit und Rechtmässigkeit in Rumänien wieder hergestellt ist, kam es in Paris zur Gründung der "Union der drei demokratischen Parteien Rumäniens", welcher sich alle im Ausland weilenden politischen und diplomatischen Persönlichkeiten Rumäniens angeschlossen haben. Aber erst 1948, nachdem die Militärmissionen der USA und Englands Rumänien verlassen hatten und erst nach der im Frühjahr desselben Jahres erfolgten erzwungenen Abdankung und Flucht König Michaels, nahm die Union den politischen Kampf gegen das kommunistische Regime mit voller Kraft auf. Eine neu gegründete Zeitung in französischer Sprache unterrichtete das Ausland über die Vorgänge in Rumänien. Ferner wurde die Gründung einer Hilfsorganisation für die Flüchtlinge beschlossen.

Da die Zahl der Flüchtlinge immer grösser wurde, schien es ratsam, alle im Auslande weilenden Rumänen zu vereinigen - mit Ausnahme der ehemaligen Mitglieder der "Eisernen Garde". Die "Union" gründete darauf das Nationale Rumänische Befreiungskomitee, das seinen Sitz in Washington hat. Dem Komitee gehören fünf politische und fünf unpolitische Persönlichkeiten Rumäniens an. Falls die internationale Entwicklung dazu drängt, kann <sup>dieses Komitee</sup> jederzeit in eine Exilregierung umgewandelt werden. Zur Zeit aber ist diese Phase noch nicht spruchreif.

Bayerns ausländische Sorgenkinder

M.R. München, im August

Nach Bayern sind nicht nur die meisten deutschen Ostflüchtlinge eingeströmt, es hat auch nach dem Kriege die meisten Ausländer aufgenommen. Rund 115.000 Ausländer sind heute in Bayern registriert. In diesen Zahlen sind die von der IRO betreuten DPs nicht einbegriffen.

Das Hauptkontingent des nach dem Krieg erfolgten Ausländerzuwachses stellen vor allen Dingen die Völker im Osten und Südosten Europas. Sie verteilen sich wie folgt: (Stand vom 1.4.1950): 14.058 Polen, 4259 Tschechen, 6509 Ungarn, 3.617 Jugoslawen, 4.232 Österreicher, 3.694 Balten, 2.369 Rumänen und 2.724 Ukrainer; der Rest entfällt in kleineren Kontingenten auf zahlreiche andere Staaten.

Mit dem Vordringen des Bolschewismus im Osten und Südosten Europas setzte nach Bayern ein ununterbrochener Strom von Flüchtlingen ein, die nicht der deutschen Nationalität angehören. Auch heute noch kommen nach den Angaben des Staatssekretariats für das Flüchtlingswesen in Bayern durchschnittlich etwa täglich 10 bis 15 Personen, die illegal die bayerische Grenze überschreiten. Diese Flüchtlinge genießen, sobald sie bayerischen Boden betreten, volles Asylrecht und man schätzt, dass etwa 30.000 Ausländer auf diese Weise bisher nach Bayern eingeströmt sind. Obwohl dieser illegale Strom schon seit 1947 fließt, ist bei der zuständigen Stelle des Staatssekretariats f.d. Flüchtlingswesen in Bayern keinerlei genaues Zahlenmaterial darüber erhältlich.

Diese Flüchtlinge werden in das einzige Ausländerlager in Bayern, das Lager Valka bei Nürnberg, überführt, erhalten nach einer kurzen Überprüfung ihrer Personalien eine Kennkarte und können, wenn sie es selbst wünschen, das Lager verlassen. Ein Memorandum der Hochkommission vom 14. Juli hat die Bundesrepublik verpflichtet, dass alle ausländischen Flüchtlinge ohne jede Beschränkung aufgenommen und solange versorgt werden müssen, bis sie sich erhalten können.

Es ist mehr als verwunderlich, dass bisher, wenigstens von deutscher Seite aus, keine eingehende politische Überprüfung dieser Flüchtlinge vorgenommen wurde. Erst jetzt wollen die zuständigen Stellen in Bayern an die Bundesbehörden herantreten, um die Aufstellung einer Kommission zu veranlassen, die diese politische Überprüfung übernehmen soll. Die bayerischen Stellen der Flüchtlingsverwaltung haben wiederholt

und eindeutig erklärt, dass es ihnen nicht möglich sei, allein die weitere Last aus diesem Flüchtlingsstrom zu tragen. Wenn man auch damit rechnen kann, dass ein gewisser Prozentsatz dieser Flüchtlinge den Schwarzen Markt bevölkert, so ist es doch Tatsache, dass der grösste Teil von ihnen auf dem ohnehin reichlich beanspruchten bayerischen Arbeitsmarkt erscheint und dann der öffentlichen Fürsorge zur Last fällt. Bayern hat immer wieder gefordert, dass diese Lasten von allen Ländern des Bundes gemeinsam getragen werden müssten, solange die alliierten Stellen keine entsprechenden Auswanderungsmöglichkeiten schaffen.

Besondere Schwierigkeiten sind mit den geflüchteten Nationaltschechen entstanden. Häufig kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Sudetendeutschen und diesen Tschechen, in denen die Sudetendeutschen ihre Peiniger sahen, zumal sämtliche tschechische Gruppen, bis auf die Anhänger des Generals Prachala, die Ausweisung der Deutschen aus dem tschechischen Staatsgebiet auch jetzt noch als zurecht geschehen anerkennen. Schliesslich konnte erreicht werden, dass die Tschechen im Valka-Lager zusammengefasst wurden. Hier kam es nun zu erheblichen Zusammenstössen unter den Tschechen selbst, die verschiedenen politischen Richtungen angehören. Immer wieder musste Militärpolizei und deutsche Polizei eingesetzt werden, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Dies veranlasste Hochkommissar McCloy, an den bayerischen Ministerpräsidenten die Anweisung ergehen zu lassen, einen Teil der Tschechen in ein hessisches Lager abzutransportieren. Auch bei diesem Abtransport kam es wieder zu Zusammenstössen, weil die Tschechen sich weigerten, diesen Anweisungen nachzukommen. Bis jetzt sind rund 300 Tschechen aus dem Valka-Lager in das hessische Lager übergeführt worden, weitere 300 sollen noch übergeführt werden.

Unter den deutschen Flüchtlingen in Bayern herrscht eine starke Mißstimmung wegen gewisser Bevorzugungen, die diese Ausländergruppen gegenüber den deutschen Flüchtlingen, zumindest genossen haben. Es war zum Beispiel nicht möglich, einen Tschechen namens Frantisek Kroupa aus Joachimsthal, der von einer Reihe deutscher Flüchtlinge als ihr Peiniger erkannt wurde, vor ein Gericht zu stellen. Aus diesen Kreisen wird darum die Forderung erhoben, dass die ausländischen Flüchtlinge nicht besser gestellt werden dürfen als die deutschen und dass sie der deutschen Gerichtsbarkeit unterstellt werden müssen. Diese Forderung hat auch das Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen in Bayern übernommen und in zahlreichen Darlegungen gegenüber den Besetzungsbehörden vertreten. - - -

FDGB-Aktivität in Westdeutschland

sp. Der ostzonale "Freie Deutsche Gewerkschaftsbund" (FDGB) - der weder frei, noch deutsch, noch ein Gewerkschaftsbund ist, sondern staatlich dirigiert wird und einen "Arbeitsfront"-Charakter trägt - versucht neuerdings in immer stärkerem Maße Propagandabroschüren, Zeitschriften, Zeitungen und Flugblätter in die Bundesrepublik hineinzuschleusen, um hier die einheitlich organisierten Gewerkschaften zu spalten, die Mitglieder zu verwirren und sie gegen die Gewerkschaftsführung aufzuhetzen. Ein eigenes "Büro für Westdeutschland" ist beim FDGB-Vorstand eingerichtet worden und soll die Verbindung zu den KP-Mitgliedern in der Bundesrepublik halten. Die Leitung dieses Büros hat der FDGB-Generalsekretär Ernst Krüger. Ebenso ist eine besondere Schule in der Ostzone eingerichtet worden, in der ausschliesslich westdeutsche KP-Gewerkschaftsfunktionäre in zweimonatigen Kursen für "besondere Aufgaben in Westdeutschland" geschult werden sollen. Getarnt werden diese Reisen durch den sogenannten "FDGB-Feriendienst".

Der FDGB-Sprecher Dietrich aus Berlin kündigte kürzlich an, dass in den nächsten Wochen und Monaten Hunderte von FDGB-Instrukteuren nach dem Westen kommen werden, um die Gewerkschafts- und Betriebsgruppen-Arbeit der KP zu fördern. Gegenüber allen diesen Versuchen ist erhöhte Wachsamkeit notwendig. Vor allem aber sollte man bemüht sein, dafür zu sorgen, dass auch von Staatswegen diese antidemokratische Unterminierarbeit, wo immer es möglich ist, behindert oder besser verhindert wird.

- - -

Gegen die Sowjetisierung der OS-Industrie

Als Sprecher von 950.000 Vertriebenen aus Nieder- und Oberschlesien hat die Landsmannschaft Schlesien, Landesverband Niedersachsen e.V. schärfsten Protest gegen die Absicht der UdSSR erhoben, die Industrie Oberschlesiens zu einer Sowjet-AG umzuwandeln. Diese Industrie - so heisst es in dem Protest - stehe völkerrechtlich lediglich unter vorübergehender Verwaltung des polnischen Staates. Sie umfasse das drittgrösste Industriegebiet von Europa, und sie gehöre eigentumsrechtlich sogar nach den Abkommen von Jalta und Potsdam zu Deutschland.

- - -